

«Wer es nicht aushält, ist frei, zu gehen»

Der deutsche Historiker Michael Wolffsohn über Frieden, Föderalismus, Syrien und die «Schnösel» von Therwil

Von Dominik Feusi, München

BaZ: Viele Menschen fühlen sich zunehmend unsicher. Frieden scheint weiter weg denn je. Stimmt das Gefühl?

Michael Wolffsohn: Ich denke schon. Die Bedrohung durch Krieg und Gewalt wird im Alltag stärker wahrgenommen. Die Gesellschaft ist bunter geworden, es gibt mehr und grössere Minderheiten. Schon die sprachliche Kommunikation ist nicht mehr einfach. Das verunsichert.

Bedeutet das schon Gefahr?

Nein und Ja. Aber zum ersten Mal in der Weltgeschichte ist eine gesellschaftliche Minderheit nicht defensiv, sondern offensiv, bis hin zu aggressiv. Das beunruhigt die Menschen zu Recht.

Sie sprechen von der zugewanderten islamischen Minderheit.

Richtig. Wobei diese Minderheit ja nicht in aggressiver Absicht gekommen ist. Man hat sie als Gastarbeiter gerufen – sowohl nach Deutschland wie in die Schweiz. Bei der zweiten und dritten Generation hat die Addition der Frustration zu einer unglaublichen Aggression geführt. Das ist neu.

Krieg gibt es auch am Rande Europas, von der Ukraine über den Nahen Osten bis nach Nordafrika. Da ist kein Friede in Sicht.

Nein, aber das ist nicht neu. Unabhängig von der Religion haben diese Staaten keine funktionierenden Institutionen. Gesellschaftliche Konflikte, die überall und immer vorhanden sind, können so nicht demokratisch-institutionell und damit auch nicht gewaltfrei ausgetragen werden.

Wie meinen Sie das?

Der historische Entstehungsgrund für Parlamente zum Beispiel in Grossbritannien ist, dass sich Gruppen darauf geeinigt haben, mit Worten statt mit Waffen aufeinander loszugehen. Die Konflikte vom Schlachtfeld hat man so in die Institutionen verlagert. Das geht nur, wenn die Institutionen funktionieren.

«Dass es im Nahen Osten allein um Rohstoffe gehe, ist Geschwätz.»

Ist das der einzige Grund für die Konflikte im Nahen Osten? Spielen nicht auch Rohstoffe eine Rolle?

Schauen Sie die Fakten an. Die Behauptung, dass die USA beispielsweise für das irakische Öl in den Krieg gezogen seien, ist Unsinn, denn sie haben selber schon viel oder geografisch viel näher Öl zur Verfügung als im Nahen Osten. Hinzu kommt: Mit wenigen Sabotageakten legen Sie Rohstofflieferungen lahm. Wenn Sie Rohstoffe sichern und transportieren wollen, dann brauchen Sie Frieden und nicht Krieg. Dass es im Nahen Osten allein um Rohstoffe gehe, ist Geschwätz, das sich gut verkauft.

Sie sagen, die meisten Staaten seien instabile Kunstgebilde. Gilt das auch für Europa?

Ja, viele europäische Staaten sind nur scheinbar stabil. Ausser der Schweiz haben es die meisten Staaten bis heute nicht geschafft, eine vielfältige Gesellschaft in funktionierenden Institutionen zusammenzuhalten.

Warum hat es die Schweiz geschafft?

Sie hat ein ausgeklügeltes, föderalistisches System entwickelt, in dem die verschiedenen Gruppen ihr Wir-Gefühl ausleben können. Sie können über sich selber bestimmen – alles innerhalb des Kompromissrahmens des Bundesstaates, wo zentrale Macht geteilt und beschränkt wird.

Und das funktioniert in anderen Ländern nicht?

Schauen Sie sich Grossbritannien an. Das ist ja eigentlich ein Mehrvölkerstaat mit unterschiedlichen Wir-Gefühlen in Irland, Schottland, Wales und England. Diese Gruppen streben nach mehr Selbstbestimmung. Die Entwicklung zum Föderalismus ist selbst in einem so zentralistischen Staat eine unaufhaltsame Entwick-

lung und sie ist nur durch die Föderalisierung gewaltfrei zu steuern.

Und ausserhalb Europas?

Die Ost-Ukraine war immer etwas anderes als die West-Ukraine. Die beiden Teile wurden in einem Staat zusammengestopft, der nun auseinanderbricht. Das ist nicht aufzuhalten. Oder nehmen Sie die Türkei. Die Minderheit der Kurden will nicht mit der Mehrheit der Türken in einem Staat zusammenleben. Auch Russland ist ein Vielvölkerstaat, der ohne Föderalisierung keinen inneren Frieden finden wird. Der Drang zur Selbstbestimmung ist eine historische Urkraft. Das heisst nicht, dass die Leute aus der Geschichte gelernt haben, aber jeder Dorfdepp der Minderheit erkennt irgendwann eine Benachteiligung gegenüber der Mehrheit, die über ihn bestimmt. Solche Konflikte kann man nur regeln, indem man dem Wir-Gefühl die institutionelle, föderative Möglichkeit gibt. So bleibt der Staat bestehen und die Konflikte bleiben friedlich.

Sie sagen, der Drang zu mehr Föderalismus sei eine Urkraft. Aber gleichzeitig gibt es die Tendenz, immer mehr Fragen zentralistisch zu regulieren, zumal in der Europäischen Union (EU). Ist das nicht das Gegenteil von Ihrer These?

Wenn Sie den Sachverhalt so schildern, dann schon. Ich widerspreche dieser Darstellung. Auf der administrativen Ebene haben Sie recht, aber auf der politisch-gesellschaftlichen Ebene sieht es ganz anders aus. In allen Ländern streben Regionen nach Autonomie trotz der EU. Das ist der viel stärkere Trend als die bürokratische Zentralisierung.

Warum brach nach dem Kalten Krieg nicht der Weltfriede aus?

Weil zahlreiche Gruppen eine historische Chance auf die lange verwehrt Selbstbestimmung sahen. Ab Juni 1991 erlebten wir den Überfall Serbiens auf Slowenien. Dann begann der Krieg gegen Kroatien. Unmittelbar mit dem Ende des Kalten Krieges begannen eine Vielzahl von heissen Kriegen unmittelbar vor unserer Haustür. Wir wähten uns in der Illusion, es wäre der allgemeine Friede ausgebrochen. Die meisten waren mit Blindheit geschlagen!

Zurück in die Gegenwart: Was ist das Problem in Syrien?

Es ist ganz einfach. In Syrien haben Sie mehrere Grossgruppen. Es gibt gut 70 Prozent Sunniten, die im Osten und im Zentrum des Landes leben. Im Westen des Landes leben gut zehn Prozent Alawiten und vorwiegend im Norden und Nordwesten Kurden. Die kleinere Gruppe von Christen lebt verstreut. Die drei Grossgruppen Sunniten, Alawiten und Kurden sind sich in einem Punkt einig. Sie wollen nicht in einem Staat zusammenleben und wenn, will jede Gruppe die anderen dominieren. Den Alawiten gelang das 1970 mit einem Militärputsch durch Assads Vater. Die sunnitische Diktatur wurde eine alawitische Diktatur mit sozialistischem Anstrich – gegen die Mehrheit der Bevölkerung. 1982 sind ungefähr 15 000 Sunniten im wahrsten Sinne abgeschlachtet worden. Assads Bruder sass in einem Hubschrauber und feuerte mit einem Maschinengewehr in die protestierende Menge in Hama, Homs und Aleppo. Die jetzige Syrienkrise ist eine späte Folge davon.

Wie müsste man in Syrien Frieden machen?

Wenn nun bei Syrien-Gesprächen die Aussenminister Kerry und Steinmeier sagen, man müsse Syrien «restabilisieren», dann wird das nicht funktionieren. Es geht nur durch eine Föderalisierung.

Warum geht das nicht?

Weil die historischen Urkräfte in den Bevölkerungsgruppen das nicht wollen. Es heisst, das «syrische Volk» solle nun wählen. Aber was ist denn das syrische Volk? Wenn Sie den syrischen Staat bewahren wollen, was ja durchaus sinnvoll scheint, dann müssen Sie hinschauen, was genau das syrische Volk ist. Dann kommen Sie am Föderalismus schlicht und einfach nicht vorbei.



Kritisiert die mangelnde Analyse in Europa. Der deutsche Historiker Michael Wolffsohn fordert grundlegende Veränderungen der Staatenwelt.

Assad will keinen Föderalismus, weil er dann Macht verlieren würde.

Ja, klar. Aber Politiker kommen und gehen. Die Urkräfte, das Bedürfnis nach Selbstbestimmung bleibt. Es gibt solche Strömungen in allen grossen Staaten und es ist nur die Frage, wie lange die jetzige Situation andauert. Wer Frieden schaffen will, muss diese Urkräfte ernst nehmen. Sie fordern Selbstbestimmung auch für Gruppen im Innern eines Staates mit «gruppenbezogenen Sonderregeln». Führt das nicht zu Parallelgesellschaften mit beispielsweise Scharia-Gerichten von Muslimen in Europa?

«Wer sich mit den Grundregeln nicht arrangieren will, der kann woanders hin.»

Föderalismus ist eine gute Idee, aber sie gilt bei Politikern als rückständig und hinterwäldlerisch.

Ja, klar. Aber Politiker kommen und gehen. Die Urkräfte, das Bedürfnis nach Selbstbestimmung bleibt. Es gibt solche Strömungen in allen grossen Staaten und es ist nur die Frage, wie lange die jetzige Situation andauert. Wer Frieden schaffen will, muss diese Urkräfte ernst nehmen.

Sie fordern Selbstbestimmung auch für Gruppen im Innern eines Staates mit «gruppenbezogenen Sonderregeln». Führt das nicht zu Parallelgesellschaften mit beispielsweise Scharia-Gerichten von Muslimen in Europa?

Ich halte bloss fest, dass es solche Scharia-Gerichte längst gibt. Die finde ich nicht gut, aber die Realität ist, wie sie ist. In bestimmten, zu defi-

zu akzeptieren. Gesellschaftliche Instabilität entsteht auch dann, wenn die Mehrheit sich in der Art bedroht fühlt, wie sie leben möchte. Dann entsteht ein Konflikt. Dass die Minderheit diktieren will, was die Mehrheit im Alltag zu akzeptieren hat, das ist besonders im privaten Bereich eine Unverschämtheit. Toleranz darf nicht nur eine Einbahnstrasse sein. Daher ist das schnöselhafte Verhalten dieser Knaben unerträglich.

Diese Grundregeln schränken allerdings die Selbstbestimmung ein.

Kein Mensch lebt alleine. Ahmed, Ali, Franz und Hans müssen irgendwie zusammenfinden. Die Grundregeln und die Spielräume für die gruppenbezogene Selbstbestimmung müssen ausgehandelt werden. Und wie gesagt: Wer es dann nicht aushält, der ist frei, zu gehen.

«Die besonnenen Kräfte in der muslimischen Minderheit werden zu wenig unterstützt.»

Was droht, wenn in Minderheiten zunehmend Extremisten den Ton angeben?

Das ist gefährlich. Die Extremisten führen die Mehrheit der Muslime in eine katastrophale Situation, weil sich dann in der einheimischen Mehrheit ebenfalls die Extremisten ausbreiten. Das gefährdet schliesslich die gesamte Minderheit, nicht nur die Extremisten in ihr.

Wie taugt Ihr Konzept der Selbstbestimmung, um das abzufedern?

Die friedliche Mehrheit der muslimischen Minderheit muss dafür sorgen, dass die extremistische Minderheit sie nicht in eine Lage bringt, wie sie sich derzeit abzeichnet. Die friedlichen Muslime müssen zunächst und im eigenen Interesse gegen die Extremisten in den eigenen Reihen vorgehen. Damit meine ich nicht, dass sie sie angreifen müssen, aber sie sollten zur Polizei gehen. Selbstbestimmung stärkt das.

Aber in Paris und Brüssel konnten die muslimischen Terroristen doch auf viel Unterstützung zählen.

Ja, richtig. Es gibt aber Gegenbeispiele. Die besonnenen Kräfte, gerade in der muslimischen Minderheit, werden zu wenig unterstützt. Und es ist schon so: Es gibt ein Defizit der westeuropäischen Mehrheitsgesellschaft gegenüber den muslimischen Zuwanderern, sichtbar in jedem muslimischen Getto in Frankreich oder Belgien.

Sind wir auf dem Weg zu friedlicheren Zeiten oder droht immer mehr Gewalt?

Wenn wir den Weg zum Föderalismus gehen, wird es weniger gefährlich. Wenn nicht, ist die Katastrophe programmiert. In einigen Ländern schon ganz nah an Europa ist die Katastrophe bereits da – und sie wird noch stärker werden. Auch mir nahestehende Politiker der grossen Parteien in Deutschland erzählen viel Unsinn, weil sie die Lage nicht richtig analysieren. Da frage ich mich schon, ob das friedlich enden wird. Ich versuche, jene zu stärken, die den föderalen Ansatz für notwendig halten, denn jeder Politiker passt sich dem Mainstream seiner Umgebung an. Frieden ist eine Sisypusarbeit.

Streitbarer deutscher Jude und Historiker

München. Michael Wolffsohn (68) ist emeritierter Professor für Neuere Geschichte der Universität des deutschen Bundesheeres. Er forschte und publizierte Bücher und Artikel zu internationalen Beziehungen, insbesondere zu israelischen und deutsch-jüdischen Geschichte. Er bezeichnet sich als «deutsch-jüdischen Patrioten». 2015 erschien sein Buch «Zum Weltfrieden – ein politischer Entwurf», in dem er die weltweiten Konflikte gründlich analysiert und einen konsequenten Föderalismus als Weg zu einer friedlicheren Welt entwirft. Wolffsohn ist verheiratet und lebt in München.

Die Minderheit muss sich also immer anpassen?

Ich bin in den 1950er-Jahren als kleiner jüdischer Junge nach Deutschland gekommen. In Gasthäusern hingen überall Kruzifixe. Ich lernte, was sie bedeuten und natürlich waren sie mir fremd. Aber es wäre mir doch nie in den Sinn gekommen, diese Kreuze als Provokation aufzufassen. Selbstverständlich gehörten sie zum inneren Bedürfnis der Mehrheit. Das muss ich als Selbstverständlichkeit anerkennen.

Minderheiten brauchen aber doch besonderen Schutz.

Minderheitenschutz gehört zur Demokratie, aber dann gehört es zur Selbstverständlichkeit der Minderheit, die Grundregeln der Mehrheit